



## **Heimatfreunde und Stadtverwaltung stehen zum gemeinsam erzielten Kompromiss zum Haus für Kunst und Geschichte**

Kerpen, 12.12.2017

Der zweite Vorsitzende des Vereins der Heimatfreunde Stadt Kerpen e.V., Rolf Axer, und Bürgermeister Dieter Spürck haben das auch durch Teile der Ratsopposition angestrebte Bestreben vernommen, einen Bürgerentscheid gegen die Unterbringung von drei Büroräumen für die städtische Kulturverwaltung im Haus für Kunst und Geschichte herbeizuführen.

Heimatfreunde und Stadtverwaltung haben gemeinsam im Oktober eine einvernehmliche Kompromisslösung gefunden, die sowohl die kulturellen Bedürfnisse als auch das Bedürfnis nach wirtschaftlichem Verhalten im Sinne von Generationengerechtigkeit angemessen berücksichtigt. Diese Lösung sieht vor, dass die Abteilung für Kultur und Sport, Städtepartnerschaft und Tourismus der Stadtverwaltung Kerpen im Obergeschoss des Hauses für Kunst und Geschichte insgesamt drei Räume zu Bürozwecke nutzen wird. Daneben bleiben allerdings weitere drei Räume mit einer Fläche von 100 m<sup>2</sup>, der Flur und der Treppenraum dem Ausstellungszweck vorbehalten. Dies beinhaltet sowohl die vertraglich fixierte Präsentation von Werken aus dem Museum H. J. Baum als auch Ausstellungen zur Stadtgeschichte, Kunst, Kultur oder Brauchtum, wie sie in den vergangenen 20 Jahren im Haus für Kunst und Geschichte präsentiert worden ist. Anders als durch den Unterschriftstext verstanden werden könnte, war und ist das historische Archiv der Stadt auch weiterhin uneingeschränkt öffentlich zugänglich für Schülerinnen und Schüler.

In anderen Städten ist es weit überwiegend üblich, derartige Ausstellungen nicht in einem gesonderten Haus zu präsentieren, sondern in den jeweiligen Rat- und Kreishäusern. Durch den gefundenen Kompromiss kann der besondere Kerpener Standard auch in der Haushaltssicherung auf Dauer erhalten bleiben und bleibt auch zukünftig ein wichtiger Grundpfeiler des kulturellen Lebens in Kerpen.

Zusätzlich dazu will die Stadtverwaltung weitere Ausstellungen im Rathaus präsentieren, um u.a. weitere Bevölkerungsgruppen mit Kunst und Geschichte zu erreichen. Durch dieses Kombinationsmodell (Ausstellungen im Haus für Kunst und Geschichte sowie im Rathaus) sind die behaupteten Bedenken wegen Problemen mit der Verfügbarkeit hochwertiger Exponate, steigender Versicherungsprämien und der Wirtschaftlichkeit in Ansehung von Investitionen für diese Lösung nicht nachvollziehbar. Besonders schützenswerte Exponate können zudem im Rathaus problemlos in Vitrinen, die teilweise schon bei der Stadt vorhanden sind, ausgestellt und geschützt werden, sodass es zu keiner Verschlechterung der Ausstellungsqualität kommt. Im Gegenteil werden mehr Menschen bei gleicher Qualität erreicht.



Der erhöhte Flächenbedarf der Stadtverwaltung, der den Umzug des Kulturamtes in das Haus für Kunst und Geschichte auslöst, ist auf einen gestiegenen Personalbedarf zurückzuführen, dessen Wirtschaftlichkeit durch externe Gutachter im Rahmen einer Organisations- und Effizienzuntersuchung grundsätzlich bestätigt wurde. Das Kulturamt weist zudem thematisch eine große Schnittmenge mit dem Haus für Kunst und Geschichte auf.

Durch die geringfügige Umnutzung des Obergeschosses im Haus für Kunst und Geschichte werden durch die Stadt erhebliche zusätzliche Mietkosten eingespart, die ansonsten für extern anzumietende Verwaltungsbüroflächen für das zusätzliche Personal in Höhe von ca. 15.000 € jährlich angefallen wären. Demgegenüber ist der Umbauaufwand im Haus für Kunst und Geschichte gering. Im Kern geht es dabei um den Einbau von drei Türen sowie entsprechender Türzargen, um Kommunikationstechnik und um Elektroarbeiten einschließlich Beleuchtung, die lediglich einmalig ca. 22.000 € betragen. Diese einmalige Investition rechnet sich somit durch die eingesparten Mietkosten schon nach ca. 1,5 Jahren.

Die Fragestellung des angestrebten Bürgerentscheides – ob das Haus für Kunst und Geschichte in seiner jetzigen Form erhalten bleiben soll – ist daher zumindest irreführend formuliert. Das Haus für Kunst und Geschichte bleibt durch die gefundene Lösung gerade in seiner Funktion erhalten und entspricht im Übrigen auch dem mehrheitlichen Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zum Haus für Kunst und Geschichte.

Vor diesem Hintergrund macht das beabsichtigte Bürgerbegehren aus Sicht der Stadtverwaltung keinen Sinn.